

Für den Antrag auf Erteilung einer Wohnberechtigungsbescheinigung sind grundsätzlich folgende Unterlagen vorzulegen:

- [Antrag auf Erteilung einer Wohnberechtigungsbescheinigung](#) (Das blau hinterlegte Formular können Sie durch Anklicken direkt am PC ausfüllen. Jeder Punkt ist zu beantworten. Der Antrag muss von allen volljährigen Haushaltsmitgliedern unterschrieben werden.)
- Einkommensnachweise aller Haushaltsmitglieder wie z. B.
 - Lohnabrechnungen der letzten 12 Monate, rückwirkend ab Antragsabgabe
 - Rentenbescheide, aktuell und vollständig (alle Seiten des Rentenbescheides)
 - Bescheide der Bundesagentur für Arbeit oder des Jobcenters (vollständig)
 - Bescheid des Kreises Dithmarschen über Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
 - Krankengeldbescheid (mit Angabe des Bruttokrankengeldes)
 - Nachweise über erhaltenen Unterhalt (Kontoauszüge der letzten 12 Monate, Gerichtsbeschluss o. ä., Quittungen allein sind nicht ausreichend), bzw. Bescheid Unterhaltsvorschuss
 - Elterngeldbescheid (vollständig mit Zahlungsplan)
 - Einkommensteuerbescheid bzw. –erklärung bei selbständiger Tätigkeit, Gewinn- und Verlustrechnung, EÜR, Bilanz
 - Ggf. BaföG- oder BAB-Bescheid
 - Bescheid über den Bezug von Mutterschaftsgeld/ggf. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld
- Kindergeldnachweis
- Aktuelle Kontoauszüge aller Konten, Sparbücher etc.
- Schwerbehindertenausweis/Feststellungsbescheid
- Nachweis über Vermögen (ggf. Immobilien, sonstige Rechte etc.)
- Nachweise über Miet- und Pachteinnahmen
- Nachweise über sonstige Einnahmen

Da die o. a. Aufzählung ggf. nicht alle benötigten Unterlagen abdeckt, kann es bei der Antragsbearbeitung durchaus dazu kommen, dass noch weitere Unterlagen angefordert werden müssen. Dies erfolgt durch ein gesondertes Anschreiben an Sie.

A M T M I T T E L D I T H M A R S C H E N - Der Amtsdirektor - Roggenstraße 14, 25704 Meldorf	25704 Meldorf,
	(Datum)
Gesch.-Zeichen: 000.64.71.02	eingegangen/vorgesprochen am:

Antrag auf Erteilung einer Wohnberechtigungsbescheinigung

nach § 8 Abs. 4 Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz (SHWoFG) zum Bezug einer geförderten Wohnung oder Wohnung mit Sozialbindung

Hinweis: Die von Ihnen gemachten Angaben sind erforderlich, um die gesetzlichen Voraussetzungen für den beantragten Wohnberechtigungsschein zu überprüfen. Gemäß Nr. 3.2.3. Abs. 3 der Verwaltungsbestimmungen zum Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetz (VB-SHWoFG) muss darauf hingewiesen werden, dass die Angaben auf der Grundlage des § 8 Abs. 4 SHWoFG zum Zwecke der Bearbeitung des Antrages erhoben, gespeichert und genutzt werden. Zusätzlich wird auf Landesdatenschutzgesetz (LDStG) in der gültigen Fassung hingewiesen. Weiter können Sie die Datenschutzinformation auf der Internetseite des Amtes Mitteldithmarschen einsehen.

Der Antrag kann abgelehnt werden, wenn die Angaben verweigert werden.

Antragsteller(in)	
Name, Vorname (ggf. Geburtsname)	
Geburtsdatum	
Staatsangehörigkeit	
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verh. <input type="checkbox"/> verw. <input type="checkbox"/> gesch. <input type="checkbox"/> getrennt lebend
Behinderung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Pflegegrad _____
Pflegegrad	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Merkzeichen <input type="checkbox"/> aG <input type="checkbox"/> BI <input type="checkbox"/> H <u>Falls Sie einen Schwerbehindertenausweis besitzen, legen Sie ihn bitte vor.</u>
Telefon:	
Anschrift (PLZ/Ort)	
Straße, Haus-Nr., Etage, Wohnungs-Nr.	
Beruf	
Haben Sie in dem letzten 1 Jahr einen Wohnberechtigungsschein erhalten?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar von: _____ (ausstellende Behörde) gültig bis: _____
Besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (bitte weisen Sie Ihre Aufenthaltsberechtigung, z.B. durch Vorlage Ihres Passes oder eine sonstige Bescheinigung der Ausländerbehörde, nach)

Angaben über die anderen Familienmitglieder, die in der künftigen Wohnung aufgenommen werden:					
	1	2	3	4	5
Name (Ehename)					
Vorname					
Geburtsdatum					
Familienstand					
Behinderung Häuslich pflegebedürftig	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja G.d.B. _____ Merkz. _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja G.d.B. _____ Merkz. _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja G.d.B. _____ Merkz. _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja G.d.B. _____ Merkz. _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja G.d.B. _____ Merkz. _____
Staatsangehörigkeit					
Verwandtschaftsverhältnis/sonst. Beziehung (auch Verlobte)?					
z. Z. ausgeübte Tätigkeit/Beruf					

	Antragsteller/in	1	2	3	4	5
Pflichtbeiträge zur gesetzl. Krankenvers. oder freiw. Beiträge zu öffentl./priv. Vers.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Pflichtbeiträge zur gesetzl. Rentenvers. oder freiw. Beiträge zu öffentl./priv. Vers.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Amtliche Vermerke Pauschale Absetzung	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %

Leisten Sie oder zu Ihrem Haushalt rechnende Personen Unterhaltszahlungen, zu deren Leistung eine gesetzliche Verpflichtung besteht	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Name, Vorname, Verwandtschaftsgrad _____	
<i>(Bitte Nachweise: Urteile, Vereinbarungen, Zahlungsbelege/Kontoauszüge beifügen!)</i>	

Die Leistungen sind bestimmt für ...	Name, Vorname, Wohnort, Straße	Geburtsdatum	Betrag/€
... die auswärtige Unterbringung eines in der Berufsausbildung befindlichen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedes.			
... eine sonstige nicht zum Haushalt rechnende Person.			
... den nicht zum Haushalt rechnenden geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (einschließlich nichtiger oder aufgehobener Ehe).			

Werden sich die Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten 12 Monaten verringern	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
oder um mehr als 15 v. H. erhöhen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
wenn ja, für wen?	_____
Grund für die Veränderung der Einnahmen (z. B. Rentenansprüche, Arbeitslosengeldanträge etc.)	_____

	Antragsteller/in	1	2	3	4	5
Sind Sie oder eine zu Ihrem Haushalt rechnende Person Eigentümer/in (Allein- oder Miteigentum) einer Eigentumswohnung, eines Ein- oder Mehrfamilienhauses?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Verwertbares Vermögen
Es besteht kein Anspruch auf Erteilung einer Wohnberechtigungsbescheinigung soweit die Inanspruchnahme missbräuchlich wäre. Dies ist insbesondere der Fall, wenn erhebliches Vermögen vorhanden ist. Erhebliches Vermögen ist vorhanden, wenn die Summe des verwertbaren Vermögens (z.B. Immobilien, Geldvermögen, Forderungen, sonstige Rechte, Wertgegenstände, bewegliche Sachen (z.B. Auto, Gemälde, Möbel etc.) der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder folgende Beiträge übersteigt
<ul style="list-style-type: none"> • 60.000 Euro für das erste zu berücksichtigende Haushaltsmitglied • 30.000 Euro für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied

Haben die zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder verwertbares Vermögen in entsprechender Höhe?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
wenn ja, welches?	_____ _____

Angaben zur jetzigen Wohnung	
Ist die Wohnung öffentlich gefördert?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Wohnfläche:	_____ m ²
Miete je m ² :	_____
Anzahl der Wohnräume:	_____

Angaben über die künftige Wohnung	
Haben Sie eine bestimmte öffentlich geförderte Wohnung in Aussicht?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, ab wann? _____ _____ (Ort, Straße, Haus-Nr., Etage) _____ (Name, Adresse) Wohnfläche: _____ m ² Miete je m ² : _____ Anzahl der Wohnräume: _____
Vermieter/in	
Begründung für einen zusätzlichen Raumbedarf	
Wird in der Zukunft ein zusätzlicher Raumbedarf entstehen?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, warum? _____ _____

Angaben nur bei einem Wohnungstausch							
Derzeitige Wohnung				Künftige Wohnung			
Straße, Haus-Nr. Gebäudeteil, Stockwerk, PLZ, Ort				für die ein Wohnberechtigungsschein erteilt werden soll			
Straße, Haus-Nr. Gebäudeteil, Stockwerk, PLZ, Ort				Straße, Haus-Nr. Gebäudeteil, Stockwerk, PLZ, Ort			
ist geförderter Wohnraum <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja				Die Wohnung ist in Aussicht ab _____			
wenn ja, bitte nachfolgende Fragen ergänzen				Beschreibung der Wohnung			
Baujahr	Nettomiete	Wohnfläche	Zimmer	Baujahr	Nettomiete	Wohnfläche	Zimmer
	€	m ²			€	m ²	

Erklärung

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der hier gemachten Angaben; insbesondere bestätige ich, dass ich keine weiteren Einnahmen / Einkünfte – auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit – habe. Ferner ist mir bekannt, dass vorsätzlich oder grob fahrlässig gemachte unrichtige oder unvollständige Angaben einen Betrug i.S.d. §§ 263 StGB darstellen bzw. eine Fälschung i.S.d. 269 StGB vorliegt, der den sofortigen und rückwirkenden Entzug des Wohnberechtigungsscheines zur Folge haben / hat und strafrechtlich mit einer Geldstrafe ggf. als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße verfolgt werden kann.

Die erforderlichen Nachweise und Belege füge ich bei.

Ort/Datum	Unterschrift des / der Antragsberechtigten (Minderjährige ab dem vollendeten 16. Lebensjahr mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter)
-----------	--

Nach § 1 SHWoFG regelt das SHWoFG die soziale Wohnraumförderung und die Zweckbindungen einschließlich des Sozialwohnungsbestands in Schleswig-Holstein. Das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes, das Wohnungsbindungsgesetz oder andere Wohnraumfördergesetze gelten nicht in Schleswig-Holstein.

Anlagen

a) zum Nachweis der Bruttoeinnahmen

- Verdienstbescheinigungen - einschl. Nachweise über Ausbildungsverhältnisse/- vergütungen - oder vergleichbar geeignete Nachweise
- Rentenbescheide mit den jeweils letzten Änderungsmitteilungen
- Nachweis über den Bezug von Arbeitslosengeld - jeweils letzte Bescheide
- Unterhaltsleistungen mit Angabe über deren Art und Höhe sowie die bezugsberechtigte Person
- Fördermittel aus Stipendien mit Angabe über Art und Höhe sowie über die bezugsberechtigten Personen
- Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG)/Drittes Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung- (SGB III) mit Angaben über Art und Höhe der Leistungen sowie über die bezugsberechtigten Personen -jeweils letzte Bescheide

Nachweise bei der Veranlagung zur Einkommensteuer

- Vorauszahlungsbescheide
- letzte Einkommensteuererklärung
- Nachweise über die Veränderung der Einnahmen in den nächsten 12 Monaten
- ### b) sonstige Nachweise
- Nachweis über eine Schwerbehinderung mit einem Grad der Behinderung von 100
- eine Schwerbehinderung mit Pflegebedürftigkeit i.S. des § 14 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) - Soziale Pflegeversicherung -
- die Erfüllung von gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen mit Angaben über Art und Höhe der Leistungen und der empfangsberechtigten Personen sowie die Grundlage der Zahlungsverpflichtung
- die Durchführung von Ausbildungen
- den Bezug von Kindergeld oder vergleichbaren Leistungen - jeweils letzte Bescheide